

Bremen, 22. Januar 2018

SPD bringt Wohnraumschutzgesetz auf den Weg

Steigende Mieten und Immobilienpreise auf der einen – ein wachsender Bedarf nach Wohnraum auf der anderen Seite: Rot-Grün hat in Bremen auf diese Entwicklung mit einer Intensivierung des Wohnungsbaus reagiert. Mit einem Wohnraumschutzgesetz, das die SPD-Fraktion heute auf den Weg gebracht und zur weiteren Beratung an den grünen Koalitionspartner übersandt hat, soll darüber hinaus ein weiteres Instrument geschaffen werden, um dem – oft spekulativen – Leerstand von Wohnimmobilien, aber auch der zunehmenden Zweckentfremdung von Wohnraum etwas entgegenzusetzen.

„Neben dem Neubau geht es uns auch darum, bestehenden Wohnraum zu schützen: Jede und jeder kennt in seinem Quartier oft seit Jahren leerstehende Immobilien und Wohnungen – und das in einer Zeit, in der der Bedarf nach Wohnraum immer mehr anwächst“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende, Björn Tschöpe. Der baupolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Pohlmann, ergänzt: „Der leider kürzlich verstorbene, langjährige Gröpelinger Beiratssprecher Dieter Adam ist vor einiger Zeit auf eigene Faust durch sein Quartier gegangen – und hat dabei allein in Gröpelingen über 100 leerstehende Wohneinheiten gezählt.“ Die Gründe dafür seien unterschiedlich und reichen von Streitereien innerhalb einer Erbgemeinschaft bis hin zu spekulativem Leerstand. „Was aber bei allen leerstehenden Immobilien gleich ist: Sie werden dem Wohnungsmarkt entzogen und verknappen dadurch das Angebot zusätzlich“, so Pohlmann.

Auch der zunehmenden Umwandlung von Wohnraum zu Beherbergungszwecken soll das Gesetz entgegenwirken: „Allein über die Internetplattform AirBnB lassen sich in der Stadt Bremen rund 400 bis 500 Objekte finden, die zur tageweisen Übernachtung angeboten und gebucht werden können – und die Zahl dieser Angebote wächst weiter“, erläutert Pohlmann. Bei den meisten dieser Inserate werde zu Wohnzwecken vorgesehener Wohnraum angeboten – und so dem regulären Wohnungsmarkt entzogen. Pohlmann: „Das Angebot an Mietwohnungen wird auf diese Weise verknappt – was angesichts der Wohnungsnot schon negativ ist – und in der Folge sorgt diese Verknappung auch noch für steigende Mieten.“ Zudem entwickelten sich profitable Geschäftsmodelle: „Statt Wohnungen regulär zu vermieten, ist es weitaus lukrativer, tageweise Gäste zu beherbergen. Heute setzen sogar bereits Immobilienunternehmen auf dieses Geschäftsmodell, indem sie Mietshäuser erwerben und zu Ferienwohnungen umbauen“, sagt Pohlmann. Gerade deshalb sei es wichtig, diese Entwicklung zu stoppen und zukünftig klare Grenzen zu setzen.

„Ungenutzte, leerstehende oder zu Beherbergungszwecken genutzte Wohnungen auf der einen – zunehmender Wohnungsmangel auf der anderen Seite: Diesen Widerspruch können wir im öffentlichen Interesse nicht mehr hinnehmen und wollen mit dem Wohnraumschutzgesetz deshalb ein Instrument schaffen, um die Eigentümer dazu anzuhalten, ihre Wohnungen tatsächlich auch dem Wohnungsmarkt zur Verfügung zu stellen“, erklärt Björn Tschöpe.

Dies soll konkret geschehen, indem die Kommunen künftig – auf Grundlage des Wohnraumschutzgesetzes – für Gebiete, in denen der Druck auf den Wohnungsmarkt stark ist, Verordnungen erlassen können, die die Zweckentfremdung von Wohnraum verbieten.